

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 10

Artikel: Gefahr nur von rechts?
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347571>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Richard Lienhard

Gefahr nur von rechts?

In der sozialdemokratischen Monatsschrift «Die Zukunft», Organ der SPÖ, wurde in der letzten Zeit eine hochinteressante Diskussion um das neue Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie geführt. Auch der bekannte Linkssozialist *Josef Hindels* benutzte die Gelegenheit zu einem ausführlichen Beitrag und rief einmal mehr zum Kampf gegen die «Gefahr von rechts» auf. So warnte er vor der reformistischen Illusion über den gewandelten Kapitalismus und kritisierte Bundeskanzler *Helmut Schmidt* sowie den schleichenden Faschismus in der Bundesrepublik. Auf diesen provozierenden Beitrag antwortete *J. W. Brügel* mit einem bemerkenswerten Artikel unter dem Titel «Gefahr nur von rechts?».

Natürlich stellt J. W. Brügel vor allem auf die Verhältnisse seines Heimatlandes ab und befasst sich so eingehend mit der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. Insofern eignet sich sein Beitrag nicht für einen Abdruck in unserer Zeitschrift. Immerhin aber sind einzelne seiner Ausführungen für uns von Interesse, wenn wir im folgenden die Frage «Gefahr nur von rechts?» auf dem Boden der schweizerischen Sozialdemokratie zu beantworten versuchen. Dabei bin ich mir wohl bewusst, dass damit an ein Tabu gerührt wird. Dies ändert nichts daran, dass die Frage von besonderer Aktualität ist. Ich denke da insbesondere an die Opposition gegen die Sicherheitspolizei des Bundes.

Verwirrung der Geister

Es fehlt auch hierzulande in gewissen Linkskreisen nicht an Versuchen, in Übereinstimmung mit Hindels Polemik die gegenwärtige Regierung der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Bundeskanzler Schmidt zu diskreditieren. Während sich dieser hervorragende Staatsmann in seinem Heimatland seitens der CDU/CSU dem ständigen Vorwurf ausgesetzt sieht, er sei ein heimlicher Förderer kommunistischer Tendenzen, wird er andererseits von gewisser Seite der Linken für schleichende Faschisierungstendenzen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich erklärt. Denunziation aus so verschiedenen politischen Lagern zeigt nur, wie weit die Verwirrung der Geister hier und dort schon gediehen ist. Was

J. W. Brügel dem politisch einäugigen Moralisten Hindels ins Stammbuch schreibt verdient auch hier festgehalten zu werden:

«Die Bundesrepublik Deutschland, geführt von der Sozialdemokratie, ist heute die stärkste Stütze der Demokratie in Europa. Sie ist im welt-politischen Kräftespiel eine der konsolidiertesten Bastionen der Demo-kratie, zu der nicht nur die Völker Osteuropas erwartungs- und hoffnungs-voll aufschauen, sondern auch die Völker Griechenlands, Portugals und Spaniens. Keine Rose ohne Dornen – es gibt vieles in der Bundesrepublik, was nicht nur Hindels missfällt. Aber was ist das für eine Betrachtungs-weise, die bei einem Emmentaler Käse nur die Löcher wahrnehmen will? Nicht auf die Ausnahme, sondern auf die Regel kommt es an. Das haben die Feinde der Demokratie von rechts und links sehr gut begriffen, und deshalb ist es ihr Hauptbestreben, bei dem ihnen Sozialisten nicht helfen sollten, die Bundesrepublik schlecht zu machen, ihr Ansehen zu unter-graben und wenn man diese demokratische Festung schon nicht schleifen kann, Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit zu säen.»

Sicherheitspolizei des Bundes — Gefahr von rechts?

Unverständlich ist mir, wie man seitens der SPS dazu kommt, gegen eine Sicherheitspolizei des Bundes zu Felde zu ziehen. Die Skepsis gegen diese Opposition ist in weiten Kreisen der SPS und der Gewerkschaften stark verbreitet und dies mit Recht. Es ehrt auch Bundespräsident *Ritschard*, dass er am 1. Mai die Gelegenheit nutzte, deutliche Worte gegen diese un-bedachte Opposition auszusprechen. Sie erklärt sich offensichtlich aus dem Umstand, dass einmal mehr dem linken Flügel der SPS ein Zugeständnis gemacht werden musste.

Die Argumentation gegen eine Sicherheitspolizei des Bundes ist denn auch mehr als dürftig. Nach einer Definition des politisch sicher unver-dächtigen *Iring Fetscher*¹ verstehen wir heute unter politischem Terroris-mus den Einsatz von Gewalt (Entführungen, Tötungen, Verletzungen) zum Zwecke der Beeinflussung von Regierung und Öffentlichkeit. Es handelt sich hier nicht um polizeistaatlichen Terror diktatorischer Regierungen, sondern um einen rebellisch gemeinten Terror von Privatleuten, die be-stimmte politische Ziele anstreben. Um welche politischen Ziele geht es hier?

Eine Verlautbarung der SPS belehrt uns darüber, dass dieser moderne Terrorismus «in seiner Form faschistisch» sei. Aus opportunistischen Gründen wird aber verschwiegen, wo er ideologisch beheimatet ist. Man will offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, dass die westdeutschen, italieni-schen und japanischen Terroristen stolz darauf sind, sich als Vertreter

¹ Prof. Dr. Iring Fetscher, Mitglied der SPD, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt und Verfasser zahlreicher grundlegender Werke über den Sozialismus.

roter Brigaden zu bezeichnen. Fetscher charakterisiert diese Verbrecherorganisation als Ausdruck eines «*linksradiakalen Terrorismus*»².

Fetscher weist sodann zutreffend darauf hin, dass es gerade zum Wesen dieser terroristischen Bewegung gehört: die Benutzung der Mittel modernster Technologie und rasche Beweglichkeit über die Staatsgrenze hinweg. Zudem handelt es sich beim modernen Terrorismus um eine auf das äusserste zugespitzte Form psychologischer Kriegsführung. Deshalb gelangte *Gerhard Jahn*, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, kürzlich in einem bemerkenswerten Artikel³ zu dem Schluss:

«*Den terroristischen Verbrechen war und ist mit den überkommenen Mitteln der Verbrechensbekämpfung allein nicht wirksam zu begegnen.*»

Um so weniger zu überzeugen vermag daher die Behauptung, das bisherige föderalistische Prinzip werde sich hier auch weiterhin bewähren. Eine derart unbedachte Äusserung wird sich früh genug gegen die SPS selbst richten. Am gleichen Parteitag, da die Resolution gegen die Sicherheitspolizei verabschiedet wurde, ging die Bankeninitiative über die Bühne. Wer von den Sozialdemokraten denkt da nur im Traum an eine *kantonale* Fiskalpolizei? Wer seit Jahr und Tag für zentralistische und gegen föderalistische Lösungen zu Felde zog (man denke nur an die Steuer- und Bildungspolitik) kann doch wohl nicht plötzlich als föderalistischer Musterknabe auftreten.

Übrigens: Furcht vor Übergriffen einer Sicherheitspolizei wäre doch wohl eher begründet gegenüber Polizeikontingenten etwa aus rein konservativen Kantonen und weniger gegenüber einem Polizeikorps, das aus verschiedenen kantonalen Kontingenten besteht und psychologisch geschult wird.

Abwegig ist schliesslich die Behauptung, die Sicherheitspolizei könnte allenfalls ihre Macht gegenüber demonstrierenden Arbeitern missbrauchen. Es handelt sich hier um eine blosser Verdächtigung, die von wenig Selbstbewusstsein zeugt: Wer glaubt denn im Ernst, unser politischer Gegner könnte es wagen, die stärkste Partei und die Gewerkschaften unseres Landes herauszufordern, indem die «Busipo» gegen demonstrierende Arbeiter eingesetzt würde. Diese Verdächtigung richtet sich ja in erster Linie gegen Bundesrat *Furgler*, dem im gleichen Atemzug wegen seines Verfassungsentwurfs Beifall gespendet wird. Es geht doch wohl nicht an, im Hinblick auf die Verfassungsrevision einer rot-schwarzen Allianz das Wort zu reden und gleichzeitig den potentiellen Partner des Machtmissbrauchs zu verdächtigen. Die Opposition gegen die Sicherheitspolizei des Bundes kann daher füglich als Ausdruck des Opportunismus oder eines überholten Klassenkampfrezepts bezeichnet werden.

² Vgl. Iring Fetscher «Ursachen und Wirkungen des Terrorismus» in «Die Neue Gesellschaft», Juli 1978.

³ «Furcht vor der Freiheit?» in «Die Neue Gesellschaft».

«Gefahr von rechts» durch Wirtschaftsmacht?

Hindels bezeichnet den Wandel der kapitalistischen Wirtschaftsordnung als eine reformistische Illusion der Sozialdemokratie.

Die Behauptung, der Kapitalismus habe sich in den letzten Jahrzehnten in keiner Weise gewandelt, hält einer nähern Prüfung nicht stand. Die westliche Industriegesellschaft beruht auf einem ökonomischen System, das nicht mehr dem liberalen System, dem Kapitalismus der Zeit von 1929 entspricht. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich vielmehr als recht anpassungsfähig erwiesen. Es kann die Notwendigkeit sozialer Sicherheit nicht mehr übersehen, beruft sich heute ebenfalls auf das Instrumentarium der Planung und bekennt sich zur Formel: «So viel Planung als nötig, so viel Freiheit als möglich.» Sowohl die SPD als auch die SPS haben diese Formel übernommen. Einen Wandel des kapitalistischen Systems zu bestreiten ist daher nicht nur sachlich unhaltbar, sondern politisch geradezu einfältig; denn dieser Wandel erfolgte ja wohl weniger aus eigenem Antrieb, sondern weitgehend unter dem Einfluss der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Der Marxist *Günther Nenning* hat unlängst in seinem Werk über die «Zukunft der Sozialdemokratie» diese Entwicklung des kapitalistischen Systems überzeugend dargestellt. Er sieht in diesem System nicht mehr eine «Gefahr von rechts», sondern er empfiehlt der Sozialdemokratie sogar Zusammenarbeit:

«Aus dem Kampf auf Leben und Tod zwischen Kapital und Arbeiterklasse gemäss dem alten Revolutionsmodell, das im entwickelten Kapitalismus untauglich ist und nur zur Niederlage der Arbeiterklasse durch den Faschismus führt – aus dem alten Klassenkampf auf Leben und Tod wird der neue Klassenkampf auf Leben und Leben lassen.»

Aus dem gleichen Grund wird ja auch der Marxist *Berlinguer* nicht müde, den *Compromisso storico* zu preisen. Während also zwei hartgesottene Marxisten im Interesse des Gemeinwohls für Zusammenarbeit plädieren, pflegt sich die Mehrheit der Delegierten an sozialdemokratischen Parteitagen häufig genug zu einer Politik der Konfrontation zu bekennen. Und dies, obwohl sich nicht wenige der meist jugendlichen Delegierten so gerne auf den Marxismus berufen.

Man braucht aber nicht Marxist zu sein, um zur Auffassung zu gelangen, dass Kapitalismus und Sozialismus heute gegenseitig aufeinander angewiesen sind. Die Problematik einer Konfrontationspolitik wird von namhaften Ökonomen und Soziologen sozialdemokratischer Herkunft aufgezeigt. Hingewiesen sei hier nur auf das jüngst erschienene ausgezeichnete Werk des österreichischen Sozialisten *Hans Reithofer* über «Die ausgleichende Gesellschaft»⁴.

Er befasst sich zunächst mit den Kriterien der grossen gesellschafts-

⁴ Hans Reithofer: «Die ausgleichende Gesellschaft». Strategien der Zukunftbewältigung. Europaverlag.

politischen Grundrichtungen *Konservativismus*, *Liberalismus* und *Sozialismus*. Er weist nach, dass jede gesellschaftspolitische Richtung, wenn sie total werden will, nicht nur zu einer Beeinträchtigung der allgemeinen Friedensziele und zu einer potentiellen Vernichtung der andern politischen Richtungen, sondern letztlich zu ihrer eigenen Vernichtung führt (Selbstaufhebungsphänomen der Ideologien). Jede gesellschaftspolitische Grundrichtung bedarf nach Reithofer zu ihrer vollen Entfaltung auch der beiden andern Richtungen.

In Sicherheit, Freiheit und Gleichheit sieht Reithofer Bauelemente jeder auf die Dauer lebensfähigen und lebenswerten hochentwickelten Gesellschaft: Erstrebenswert sei daher ein möglichst weitgehender Fundamentalkonsens der grossen politischen Richtungen.»

Aber solche Erkenntnisse vermögen natürlich das jugendliche und radikale Element unserer Parteitagsdelegierten nicht zu erschüttern. Warum sich von den perfektionierten gesellschaftspolitischen Vorstellungen des 19. Jahrhundert lösen, wo doch Konfrontationspolitik so viel Spass macht? Warum sich an der so komplizierten Gesellschaftswirklichkeit der modernen Industriegesellschaft orientieren? Da liesse sich ja keine Gespensterschlacht mehr führen.

Fort mit den Gespenstern

Man mag mir vorwerfen, ich hätte den parteiamtlich abgesteckten Bereich der Kritik überschritten. Vielleicht dass nun nicht mehr die Freiheit der Kritik, sondern die administrative Erledigung des Kritikers gefordert wird. Ein allfälliges administratives Urteil könnte mich nicht treffen, sondern müsste auf meine Kritiker zurückfallen.

Max Frisch hat am Parteitag in Montreux bewegt Klage darüber geführt, dass das Recht auf freie Meinungsäusserung für linke Journalisten im Dienste bürgerlicher Medien nicht mehr gelte. Wie steht es aber mit der Meinungsfreiheit des sozialdemokratischen Redaktors? Es darf nicht sein, dass sich ein SP-Redaktionsstatut nur noch auf eine einzige Bestimmung reduziert: «Redaktor kann bleiben, wer parteiintern *nicht* angegriffen wird.»

Die von Max Frisch geforderte Meinungsfreiheit beanspruche ich auch für mich; denn es geht um die Sozialdemokratie in diesem Lande. Mein rücksichtsloses Bekenntnis zu ihr schliesst Leisetreten aus.

Dabei habe ich alles Verständnis für die Nöte und Ängste einer Parteileitung: Immer lauern einige Jusos um die Ecke; dann steht schon wieder ein Parteikongress vor der Türe, und da will man wieder gewählt werden. An den Parteitagen ist der Parteiapparat das Kaninchen, das von der Schlange hypnotisiert wird. Gewiss: da lässt sich auf Taktik nicht verzichten; aber für eine Gesinnungspartei muss die Taktik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Politik bleiben. Andernfalls beherrscht der *Opportunismus* die Szene. Es darf nicht sein, dass am Ende ein sozial-

demokratisches Parteistatut nur noch von einem einzigen Satz beherrscht wird: «Im Falle eines Falles klebt Uhu wirklich alles.»

Verwundert es da, dass zwischen einer an Grundsatzpolitik orientierten Zeitschrift und einem tagespolitischen Zickzackkurs eine Kluft entsteht, die sich kaum mehr schliessen lässt. Dem Charakter unserer Schrift würde es widersprechen: bei jeder Gelegenheit blitzschnell eine theoretische Begründung zu basteln, die auf die eine Slalomkurve passt und auf die andere schon wieder nicht mehr. Hier muss gelten, was *Viktor Adler* seinen Genossen zu bedenken gab: «Hoch steht mir die Partei, höher die Sozialdemokratie.»

Noch immer sehe ich die vornehmste Aufgabe unserer Zeitschrift darin, mehr anzubieten als tagespolitische Zweckmässigkeitserwägungen. Es geht hier um die Pflege einer Grundsatzpolitik und um die Gewinnung einer klaren Vorstellung von der Ordnung einer modernen Sozialdemokratie, die nach wie vor eine grosse sittliche und pädagogische Aufgabe zu erfüllen hat und daher mehr ist als blosser Sozialpolitik. Ohne diese Voraussetzung geht der Sozialdemokratie jede innere Sicherheit, Überzeugungs- und Führungskraft verloren. Dabei können wir auf jede Art von Gespenstern (Busipo, Gefahr nur von rechts usw.) und Gruselstücken verzichten. Anstelle blosser Kritik müssen überzeugende Alternativen treten. Die neuesten Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaft dürfen nicht unter den Teppich gekehrt werden. Anstelle von dogmatischem Winterschlaf hat die Offenheit gegenüber der ideologischen Flurbereinigung zu treten.

Statt gegen unsere Zeitschrift Gespenster zu mobilisieren, mögen unsere Kritiker «Profil» als Diskussionsform benützen. Heine hat es zutreffend gesagt:

*«Hier ist Rhodus, komm und zeige
deine Kunst, hier wird getanzt!
Oder trolle dich und schweige,
wenn du heut nicht tanzen kannst.»*